

**Nuşası 5 Krustur**

ABONE

(Posta ücreti dahil olmak üzere)

DAMİL İÇİN HARIÇ İÇİN

Aylık Türk lirası	1.50	R. M.	5.—
Oç aylık	"	"	13.—
Altı aylık	"	"	25.—
Bir senelik	"	"	50.—

yahut mübabil.

İdarehane

Tekke Cadesi No. 585 ve 587.

Telegraf adresi: TürkiPost.

Telefon: Beyoğlu 209 ve 210.

Posta Kutusu: Galata 209.

# Türkische Post

Preis der Einzelnummer: 5 Krug

BEZUGSPREISE:

	Inland	Ausland
für 1 Monat T. Pd.	1.50	R. M. 5.—
3 Monate	4.25	" 13.—
6 Monate	8.—	" 25.—
12 Monate	15.—	" 50.—

oder Gegenwert

Geschäftsleitung:

Tekke-Strasse Nr. 585-587.

Druckanstalt: TürkiPost.

Fernspr.: Beyoğlu 209 u. 210.

Postfach: Galata 209.

**„Meine Herren Franzosen!“**

Paris, 26. Nov.

Unter der Überschrift „Antwort an Curtius“ veröffentlicht Hervé in der „Victoire“ einen langen Artikel, in dem er die Ausführungen des Reichsaussenministers als äußerst energisch bezeichnet. Dr. Curtius habe jedoch seine Gedankengänge nicht bis zum Schluß entwickelt, weil er gezwungen gewesen sei, sich in den Grenzen der diplomatischen Gepflogenheiten zu halten. Hervé gibt sodann die vermutlichen Gedankengänge Curtius' wieder und kleidet seine Ausführungen in den Ton, den er, Curtius, sicherlich angewandt hätte, wenn er dies ohne Schaden für das deutsche Volk hätte tun können. In diesem Falle hätte die Rede des Reichsaussenministers wahrscheinlich folgendermaßen ausgesehen:

„Meine Herren Franzosen! Wenn ich sage, daß es nicht ewige Verträge gebe, sondern daß das Leben der Völker es ist, das die Zukunft bestimmen wird, so sage ich damit nur eine elementare Wahrheit, die uns die Geschichte sowohl Ihres wie auch unseres Landes bisher gelehrt hat. Die Verträge, die am Tage einer Niederlage diktiert worden sind, haben nur soweit Wert, wie der Sieger die Kraft hat, sie restlos zur Durchführung zu bringen. Ich sage Ihnen nichts Neues, wenn ich betone, daß von den fünf großen Siegerstaaten Sie der einzige sind, der für die restlose Aufrechterhaltung des Versailler Vertrages begeistert sind. Amerika kümmert sich nicht darum, ebenso wie Rußland, Italien verlangt die Revision und England wünscht sich die Hände im Ozean über alles, was auf dem Kontinent passiert, vorausgesetzt, daß wir keine Flotte bauen, die ihm hinderlich sein könnte. Sie bleiben also mit Ihren politischen Freunden, die wir durch unsere russischen Freunde überwachen lassen, mit Ihren tschechoslowakischen Freunden, die wir durch unsere ungarischen Freunde überwachen lassen, mit Ihren rumänischen Freunden, die ebenfalls unter russischer Kontrolle stehen, allein. Auf Ihre süd-slawischen Freunde passen unsere Freunde Bulgarien und Italien auf so daß Sie im ganzen mit Ihren Belgiern, die Sie allein unterstützen können, isoliert dastehen. Unsererseits sind wir gegenüber Ihren kleinen Angehörigen drei Großmächte: Deutschland, Rußland und Italien. Unsere kleinen Freunde sind Ungarn und Bulgarien. Erscheint scheint es Ihnen unter diesen Umständen nicht intelligent, die Verträge auf freundschaftlichem Wege zu revidieren, als die Lösung der ganzen Frage von einem neuen Kriege abhängig zu machen, der eine Katastrophe für Sie wie für uns sein würde?“

Die französischen Zeitungen, so sagte Hervé weiter, hätten in ihren Kommentaren unterstrichen, daß nur der Stolz Deutschlands zur Revision der Verträge treibe. Sie vergäßen dabei aber, daß gerade die gekränkte Ehre eines Landes gewöhnlich zum Kriege führe.

Die Ausführungen Dr. Curtius', so schließt Hervé, müßten umso mehr dazu beitragen, die vernünftigen Kreise Frankreichs dazu zu bestimmen, an eine Revision der Verträge zu gehen und auf Polen einzuwirken, sich ebenfalls dazu bereitzu erklären, allerdings unter der Voraussetzung, daß Deutschland sich feierlich verpflichte, daß diese Revision seine sämtlichen Ansprüche befriedigt.

**Abrüstungskonferenz.**

Genf, 27. November (A.A.)

Die Vorberedende Abrüstungskonferenz hat ihre Arbeiten beendet. Sie hat unter anderem die Statuten der ständigen Abrüstungskommission festgesetzt. Nach Erklärungen des Berichterstatters, Politis, wird die ständige Abrüstungskommission eine Untersuchungskommission, eine Kommission für die Zentralisierung der Berichte und eine Kontrollkommission bilden.

**Litwinoff und die Abrüstung.**

Moskau, 27. Nov.

Der russische Außenminister Litwinoff erklärte über seine Abreise aus Genf während der Abrüstungsverhandlungen, daß der in Genf bei den Verhandlungen von 30 Staaten schließlich zu Stande gekommene Vertrag eher eine Verhinderung der Abrüstung bezwecke, als die Abrüstung selbst.

**Der Staatspräsident in Trapezunt.**

Trapezunt, 21. Nov. (A.A.)

Mit dem Staatspräsidenten an Bord traf der Dampfer „Ege“ heute um 14 Uhr im Hafen ein. Eine Abordnung der Stadt, bestehend aus dem Wali, dem Bürgermeister, dem Platzkommandanten sowie den führenden Persönlichkeiten der Volkspartei, des Handels und des Türk Odschak gingen an Bord des Schiffes und hießen den Staatspräsidenten im Namen der Stadt willkommen. Der Staatspräsident, bei dessen Landung die nach Tausende zählende Menge in stürmische Hochrufe ausbrach, begab sich zunächst in das Gebäude des Türk Odschak und besuchte dann das Regierungsgebäude sowie die Stadtverwaltung. Nach einer anschließenden Autofahrt durch die Stadt kehrte der Staatspräsident wieder in das Gebäude des Türk Odschak zurück, wo er während seines Aufenthaltes in Trapezunt Wohnung nehmen wird.

**Tewfik Rüşdi Bej in Rom.**

Rom, 27. November.

Der türkische Außenminister Tewfik Rüşdi Bej ist hier eingetroffen. Er wird während seines Aufenthaltes in Rom vom König von Italien empfangen werden.

Rom, 27. Nov. (A.A.)

Der türkische Außenminister Tewfik Rüşdi Bej begab sich heute in das königliche Palais, wo er vom König in Audienz empfangen wurde. Anschließend stattete Tewfik Rüşdi Bej dem Außenminister Grandi einen Besuch ab.

**Türkisch-persische Grenze.**

Die Verhandlungen zwischen der Türkei und Persien über die Grenzberichtigung nehmen ihren Fortgang, und dürfen in Kürze beendet sein. Wie verlautet, wird die Bergkette des Ali Bej Dagh und der kleine Agri Dagh in die türkische Grenze eingezogen werden. Persien wird dafür ein anderes Grenzgebiet weiter südlich zugesprochen erhalten.

**Die Reorganisation der Volkspartei**

Die Abgeordneten Dschelal Wasif Bej und Münür Bej haben Menemen und Pergama besucht und werden heute in Smyrna zurückerwartet. Ihre Arbeiten bezüglich der Reorganisation der Volkspartei schreiten fort. Der Abgeordnete Halid Bej, der sich ebenfalls in Smyrna befindet, erklärte, daß die Parteiführer dauernd Besprechungen über die Bedürfnisse des Landes abhalten werden. An diesen Besprechungen sollen auch Anhänger der früheren liberalen Partei und Neutrale teilnehmen können.

Die Abgeordneten Schefik Bej und Refik Bej sind zur Reorganisation der Volkspartei in Brussa eingetroffen. Eine erste Besprechung hat bereits stattgefunden.

In Manissa beschäftigen sich die Abgeordneten Hakki Tarik Bej und Osman Bej mit der gleichen Angelegenheit.

**Der Wali von Samsun.**

Der Wali von Samsun, Kiam Pascha, ist seines Postens enthoben und zur Verfügung des Innenministeriums gestellt worden. Diese Maßnahme hat ihren Grund in den Beschwerden über die Durchführung der Gemeindefürsorge in Samsun und Haüwa.

Kiam Pascha war während des Weltkrieges Chef des Generalstabes beim Marschall Liman von Sanders.

**Die Schuldenfrage.**

Wie der „Akşam“ zu berichten weiß, hat gestern der Verwaltungsrat der „Dette Publique“ schriftlich bei der türkischen Botschaft in Paris gegen die Zahlung eines Drittels des fälligen Kupons am 25. November protestiert. Irgendeine Nachricht über die Verwendung der von der türkischen Regierung der „Dette Publique“ bei der Ottomanbank zur Verfügung gestellten 6 Millionen t. Pf. liegt noch nicht vor.

**In der türkischen Presse.**

„Son Posta“ schreibt Zekeriya Bej, daß man es ruhig glauben könne, daß in allen Gegenden des Landes ein starkes Bedürfnis nach einer zweiten Partei vorhanden ist. Diese Neigung des Volkes für die Errichtung einer Kontrollorganisation sei etwas ganz Natürliches. Wenn man die innerpolitischen

**Das Erdbeben in Japan.**

Tokio, 27. November (A.A.)

Die Zahl der Todesopfer bei dem Erdbeben wird amtlich mit 223 angegeben. 146 wurden verletzt, 6 Personen werden vermisst. Eine große Anzahl Gebäude wurde zerstört oder beschädigt.

Tokio, 27. November (A.A.)

Das Erdbeben hat der Wirtschaft großen Schaden zugefügt. Der Materialschaden scheint sich jedoch in der Hauptsache auf den Hafen von Schimizu, auf einige Fabriken und auf den Tunnel von Tana zu beschränken. Die Schäden am Hafen und in den Fabriken werden auf etwa 1 Million Yen geschätzt. Die Schäden am Tunnel sind außerordentlich groß, doch kann eine Summe noch nicht angegeben werden. Der Tunnel befand sich seit einigen

Jahren im Bau. Er hat bisher 20 Millionen Yen gekostet. Sachverständige behaupten, daß die Führung dieses großen Tunnels in einem Erdbebenzentrum zur Erhöhung der vulkanischen Tätigkeit beigetragen hat.

Tokio, 27. November (A.A.)

Es scheint, daß der Hauptstoß des Erdbebens bereits geschehen ist. Das Observatorium verzeichnete nach dem großen Erdstoß, der die großen Schäden anrichtete, noch 850 schwächere, teils nicht wahrnehmbare Erschütterungen. In der Furcht vor einer neuen Katastrophe, hat die Bevölkerung in dem betroffenen Gebiet grüßtenteils im Freien übernachtet. Hilfsexpeditionen sind bereits an Ort und Stelle.

**Die Kaiserin Augusta Victoria Stiftung in Jerusalem.**

(Eigenen Dienst der „Türkischen Post“) Jaffa, Mitte November.

Unter den Gebäuden Jerusalems, die durch das große Erdbeben von 1927 besonders schwer beschädigt wurden, befand sich das bekannte Hospiz der Kaiserin Augusta Victoria Stiftung auf dem Oelberg. Bis zum Erdbeben diente das Hospiz als Residenz des palästinensischen Oberkommissars, doch mußte es danach geräumt werden, da es durch die Erderschütterung vollständig unbewohnbar geworden war. Die Regierung, an die das Gebäude von der Stiftung noch bis zum Jahre 1928 vermietet war, hatte sich im Mietsvertrag verpflichtet, das Hospiz in dem Zustand zu erhalten, wie es die Kaiserin Augusta Victoria bei ihrer Erbauung zurückgelassen hatte. Da sich die Stiftung ausserstande sah, die beträchtlichen Mittel zur Reparatur des Hospizes von sich aus aufzubringen, machte sie der Regierung gegenüber Schadensersatzansprüche in Höhe von 23.000 Pfd. geltend. Auf Grund einer Vereinbarung mit der Regierung, die die Berechtigung dieser Ansprüche bestritt und gewisse Gegenforderungen erhob, wurde die Angelegenheit schließlich einem Schiedsgericht überwiesen. Dieses Schiedsgericht bestand aus Mr. Webb, einem von der Regierung nominierten Herrn, und aus dem Amerikaner Dr. Huberich, der von der Stiftung vorgeschlagen worden war. Es galt vor allem die Frage zu entscheiden, ob diese Angelegenheit nach dem englischen oder nach dem palästinensischen Gesetz zu regeln sei. Nach dem englischen Gewohnheitsrecht ist ein Mieter nämlich zur Wiedergutmachung aller Schäden, auch solcher, die auf Naturereignisse zurückzuführen sind, verpflichtet, während das palästinensische Gesetz derartige Bestimmungen nicht kennt. Den neuesten Meldungen zufolge hat das Schiedsgericht nun zugunsten der Stiftung entschieden, doch soll die Höhe der von der Regierung zu zahlenden Entschädigungssumme erst später endgültig festgesetzt werden. Es ist auf jeden Fall begrüssenswert, daß der schöne Besitz der Stiftung auf dem Oelberg nun doch in deutschen Händen bleibt, nachdem man schon von einem beabsichtigten Verkauf des Hospizes an die Hebräische Universität gehört hatte. Mit den Restaurierungsarbeiten an dem Stiftungsgebäude ist bereits begonnen worden. Das frei gelegene, von einem hohen Turm überragte Hospiz ist ein weithin sichtbares Wahrzeichen der Stadt Jerusalem.

**Beginnende Einsicht in Amerika?**

London, 27. Nov.

Der Washingtoner Korrespondent der „Sunday Times“ glaubt voraussagen zu können, daß man mit einem kommenden Wechsel in der Haltung der öffentlichen Meinung in Amerika hinsichtlich der Schulden-Frage rechnen könne, wenn dieser vielleicht auch noch einige Zeit auf sich warten lassen werde. Dies würde bedeuten, daß man in Amerika die jetzige Auffassung ändern und einen Zusammenhang zwischen den Reparationszahlungen und den interalliierten Schulden anerkennen würde. Hierzu sollen wesentlich die Äußerungen des deutschen Außenministers Curtius beitragen haben, die man als ein Meilenstein betrachte. Der Druck der Finanz- und Wirtschaftskreise wachse, so daß die amerikanische Regierung nicht taub bleiben könne. Die Amerikaner hätten auch den Ausführungen Dr. Schewkis größte Aufmerksamkeit geschenkt.

**Der Aufstand in Peru.**

Lima, 27. November (A.A.)

Die Meldungen aus Peru sprechen von schweren Kämpfen zwischen Regierungstruppen und Aufständischen. Die Regierung betont jedoch, dass sie Herr der Lage sei. Mehrere Hinrichtungen von Aufständischen werden gemeldet.

**Neuer Bankkrach in Italien.**

Rom, 27. Nov.

Aus Rovigo wird gemeldet, daß die beiden Banken Credito Veneto und Credito Polesano ihre Schalter geschlossen haben. Das Defizit soll sich auf 30 Millionen Lire belaufen.

**Getreidehaussa in Kanada.**

Winnipeg, 27. November (A.A.)

Die Weizenpreise haben ausserordentlich angezogen.

**Geistriger Schluss-Kurs**  
**1 Reichsmark = 50.50 Pf.**

**Aus Deutschland.**

**Eine Rede des Reichskanzlers.**

Berlin, 27. Nov.

Der Reichskanzler Dr. Brüning hielt heute vor dem Reichsverband der Deutschen Industrie eine längere Ansprache über das Programm der Reichsregierung.

**Zehn Jahre polnische Entdeutschungspolitik.**

Bromberg, 28. Nov.

Zu einem neuen bemerkenswerten Prozeß gegen das Deutschland gestaltete sich die Verhandlung des Bromberger Gerichts gegen den Chefredakteur der „Deutschen Rundschau“ Kruse, gegen die Anklage wegen Verächtlichmachung der Staatseinrichtung erhoben wurde. Der Verhandlung lag folgende Vorgeschichte zugrunde: Im vergangenen Jahr ist in einem Berliner Verlag das Werk Hermann Rauschnings „Die Entdeutschung Westpreußens und Pommern“ erschienen, in dem dargelegt wurde, daß die Abwanderung von 900.000 Deutschen aus Polen und die bedeutende Verringerung des deutschen Besitzstandes eine Folge des dauernden Terrors sei.

Die „Deutsche Rundschau“ in Bromberg brachte einen gedrängten Ueberblick über den Inhalt des Werkes, was zur Folge hatte, daß das Blatt beschlagnahmt und ihr Chefredakteur angeklagt wurde, die Einrichtungen des polnischen Staates verächtlich gemacht zu haben. Vor dem Bromberger Kreisgericht wickelte sich am Sonnabend die Geschichte der polnischen Entdeutschungspolitik im Kleinen ab. Der Angeklagte konnte auf Grund von statistischen Angaben nachweisen, wieviel dem deutschen Besitz in den letzten zehn Jahren verlorengegangen ist, und wieviel Deutsche infolge der Haltung der polnischen Behörden zur Auswanderung gezwungen wurden. Der Angeklagte wurde durch die Aussagen des Abg. Landrats a. D. Naumann sowie des Geschäftsführers des deutschen Sejm-Büros, Student Dr. Heideck, wesentlich unterstützt. Naumann erklärte, der ehemalige Ministerpräsident Witos habe wörtlich gesagt, die deutsche Intelligenz müsse sobald wie möglich verschwinden, ebenso hätten sich andere polnische Regierungsvertreter für eine Verschärfung der Entdeutschungspolitik eingesetzt. Der Staatsanwalt hatte trotzdem einen Monat Gefängnis beantragt. Selbst das polnische Gericht mußte aber anerkennen, daß die in dem Artikel der „Deutschen Rundschau“ enthaltene Angabe wahr sind und daß der entsprechende Paragraph deshalb keine Anwendung finden kann. Außerdem sei es wahr zu unterstellen, daß alle Deutschen fest davon überzeugt seien, daß die Massenflucht ihrer Landsleute aus Polen auf einen Druck zurückzuführen sei.

Der Angeklagte wurde darauf freigesprochen.

**Ein deutscher Protest in Genf.**

Genf, 27. November (A.A.)

Die Reichsregierung richtete an den Völkerbundsrat eine Protestnote über die Zwischenfälle bei den polnischen Wahlen in Oberschlesien.

**Do X in Lissabon.**

Lissabon, 27. Nov.

Das deutsche Flugschiff Do X ist heute aus La Coruna kommend, hier eingetroffen.

den anderen Gemeinschaften an der Förderung der kulturellen Entwicklung des Landes arbeiten.

Wie schon in der „Türkischen Post“ berichtet, haben die orthodoxen Christen beschlossen, sich an der unter katholischer Führung stehenden neuen Vereinigung nicht zu beteiligen, sondern wie bisher die Arabische Exekutive in Jerusalem zu unterstützen. In Haifa sind die Orthodoxen etwa 20 pCt. der christlichen Einwohnerzahl, doch bilden sie im übrigen Palästina die überwiegende Mehrheit der christlichen Bevölkerung (60—65 pCt.). Von einem Anschluss der ausserhalb Haifas wohnenden nichtorthodoxen Christen an die neue Haifaer Organisation ist bisher ebenfalls nichts bekannt geworden.

**Die christliche Vereinigung in Haifa.**

(Eigenen Dienst der „Türkischen Post“) Jaffa, Mitte November.

Die nach dem blutigen Zusammenstoß zwischen Mohammedanern und Christen in Haifa gegründete „Nationale Christenvereinigung“ hat vor kurzem ihr Programm veröffentlicht. Danach ist das Ziel der Organisation, die allgemeinen Interessen der Christen zu vertreten und ein gesetzliches Instrument zu schaffen, das als offizielle Vertretung der Christen anerkannt wird. Die neue Organisation will sich besonders die Vertretung der Interessen der Bauern, Arbeiter und Handwerker zur Aufgabe machen und zusammen mit

**Zuspitzung in Spanien.**

**Umsturzversuche auf dem Wege des Generalstreiks.**

Von L. Henrić, z. Zt. Madrid.

Die Polizeischüsse an der Fuente de Neptuno in Madrid, dem belebtesten Verkehrspunkt, über den sich ein Trauzug von 50 000 demonstrierenden Bauarbeitern unter willkürlicher Abänderung des ursprünglich vorgesehenen Weges Bahn brechen wollte, gehörten zum Programm der Streik- und Demonstrationen, die seit einigen Monaten von Handlung zu Handlung schreitet. Geführt wird sie von den Kommunisten. Ihr Plan ist ebenso durchsichtig wie primitiv. Arbeiterunruhen werden entfesselt im Anschluß an bedauerliche Betriebsunfälle. In Bilbao gab es kürzlich einen Generalstreik, weil ein Schmelzofen barst und zwei Arbeiter tötete. In Madrid knüpfte sich ein allgemeiner Bauarbeiterstreik an den teilweisen Zusammensturz eines siebenstöckigen modernen Neubaus, ein schwerer Unglücksfall bei dem fünf Arbeiter zugrunde gingen, und der große Ähnlichkeit hat mit dem Einsturz eines Erziehungspalastes in der Jerusalemstraße zu Berlin, bei dem mehr als zwanzig Tote zu beklagen waren. Ebenso wie damals in Berlin wurde auch in Madrid unter Verhaftung des verantwortlichen Bauleiters sofort eine umfassende amtliche Untersuchung eingeleitet. In Madrid aber diente der Vorgang weiterhin als Anlaß zu einer politischen Demonstration. Bei der gab es dann neue Todesopfer, die wiederum zum Allgemeinen Streik geführt haben.

Der Generalstreik in Madrid war nur ein Ausschnitt aus dem Gesamtbild einer fortgesetzten Streikbewegung, die nun schon fast ein halbes Jahr das Land überflutet. Sie ist zurückzuführen auf einen lebhaften Stimmungszuwachs für den Kommunismus, der sich in der Confederación Nacional de Trabajo, also „Nationaler Arbeiterbund“, zu Barcelona eine emsig handelnde Kampforganisation geschaffen hat. Die vom spanischen Bebel Pablo Iglesias ins Leben gerufene, sozialdemokratische Union General de Trabajadores, Allgemeiner Arbeiterverein, in Madrid ist durch die jüngere und radikalere marxistische Schwesterorganisation in den Hintergrund gedrängt worden. Die Sozialdemokraten, die in Spanien niemals eine nennenswerte Rolle gespielt haben, suchen noch Anschluss an die Republikaner.

Das ist keine ganz einfache Sache, weil es gegenwärtig schon zweiundzwanzig republikanische Parteien in dem Königreiche Alfonso gibt. Gewiß werden noch eine Anzahl andere Gründungen dieser Art erfolgen; denn es gibt doch mehr Republikaner unter der spanischen Sonne als nur zweiundzwanzig. Mehr als 15 000 nahmen an jenem bemerkenswerten Kongreß teil, der mit dem Ziel einer republikanischen Einigung schon zum Frühjahr einberufen, damals verboten war und erst jetzt von dem General Berenguer zugelassen worden ist. Die Versammlung traf zwei Entscheidungen, die bei gewissenhafter Beachtung durch alle Beteiligten zur Schaffung einer geschlossenen republikanischen Partei in Spanien beitragen könnten. Erstens soll in keinem Bezirk bei den kommenden Wahlen mehr als ein einziger Republikaner aufgestellt werden und zweitens sollen sämtliche republikanischen Gruppen die Verbindung mit den Sozialdemokraten und Kommunisten und auch mit den marxistisch beeinflussten Gewerkschaften auf das Entschiedenste ablehnen. Der erste Punkt wird in sämtlichen Provinzen des Landes erbitterte Kämpfe zwischen den kleinen Parteien um die Aufstellung des Kandidaten erzeugen. Der zweite, weil erster zu nehmende beklundet den festen Entschluß des spanischen Bürgertums, sein Schicksal auf keinen Fall in die Hände der Marxisten zu legen.

In Rücksicht darauf gaben sich die Kommunisten schon die erwähnte irreführende Bezeichnung, um als „nationale“ Kampftruppe eine genügend breite Vertrauensgrundlage zu gewinnen. An

**Zehn Jahre polnische Entdeutschungspolitik.**

Bromberg, 28. Nov.

Zu einem neuen bemerkenswerten Prozeß gegen das Deutschland gestaltete sich die Verhandlung des Bromberger Gerichts gegen den Chefredakteur der „Deutschen Rundschau“ Kruse, gegen die Anklage wegen Verächtlichmachung der Staatseinrichtung erhoben wurde. Der Verhandlung lag folgende Vorgeschichte zugrunde: Im vergangenen Jahr ist in einem Berliner Verlag das Werk Hermann Rauschnings „Die Entdeutschung Westpreußens und Pommern“ erschienen, in dem dargelegt wurde, daß die Abwanderung von 900.000 Deutschen aus Polen und die bedeutende Verringerung des deutschen Besitzstandes eine Folge des dauernden Terrors sei.

Die „Deutsche Rundschau“ in Bromberg brachte einen gedrängten Ueberblick über den Inhalt des Werkes, was zur Folge hatte, daß das Blatt beschlagnahmt und ihr Chefredakteur angeklagt wurde, die Einrichtungen des polnischen Staates verächtlich gemacht zu haben. Vor dem Bromberger Kreisgericht wickelte sich am Sonnabend die Geschichte der polnischen Entdeutschungspolitik im Kleinen ab. Der Angeklagte konnte auf Grund von statistischen Angaben nachweisen, wieviel dem deutschen Besitz in den letzten zehn Jahren verlorengegangen ist, und wieviel Deutsche infolge der Haltung der polnischen Behörden zur Auswanderung gezwungen wurden. Der Angeklagte wurde durch die Aussagen des Abg. Landrats a. D. Naumann sowie des Geschäftsführers des deutschen Sejm-Büros, Student Dr. Heideck, wesentlich unterstützt. Naumann erklärte, der ehemalige Ministerpräsident Witos habe wörtlich gesagt, die deutsche Intelligenz müsse sobald wie möglich verschwinden, ebenso hätten sich andere polnische Regierungsvertreter für eine Verschärfung der Entdeutschungspolitik eingesetzt. Der Staatsanwalt hatte trotzdem einen Monat Gefängnis beantragt. Selbst das polnische Gericht mußte aber anerkennen, daß die in dem Artikel der „Deutschen Rundschau“ enthaltene Angabe wahr sind und daß der entsprechende Paragraph deshalb keine Anwendung finden kann. Außerdem sei es wahr zu unterstellen, daß alle Deutschen fest davon überzeugt seien, daß die Massenflucht ihrer Landsleute aus Polen auf einen Druck zurückzuführen sei.

Der Angeklagte wurde darauf freigesprochen.

**Ein deutscher Protest in Genf.**

Genf, 27. November (A.A.)

Die Reichsregierung richtete an den Völkerbundsrat eine Protestnote über die Zwischenfälle bei den polnischen Wahlen in Oberschlesien.

**Do X in Lissabon.**

Lissabon, 27. Nov.

Das deutsche Flugschiff Do X ist heute aus La Coruna kommend, hier eingetroffen.

den anderen Gemeinschaften an der Förderung der kulturellen Entwicklung des Landes arbeiten.

Wie schon in der „Türkischen Post“ berichtet, haben die orthodoxen Christen beschlossen, sich an der unter katholischer Führung stehenden neuen Vereinigung nicht zu beteiligen, sondern wie bisher die Arabische Exekutive in Jerusalem zu unterstützen. In Haifa sind die Orthodoxen etwa 20 pCt. der christlichen Einwohnerzahl, doch bilden sie im übrigen Palästina die überwiegende Mehrheit der christlichen Bevölkerung (60—65 pCt.). Von einem Anschluss der ausserhalb Haifas wohnenden nichtorthodoxen Christen an die neue Haifaer Organisation ist bisher ebenfalls nichts bekannt geworden.

**Die christliche Vereinigung in Haifa.**

(Eigenen Dienst der „Türkischen Post“) Jaffa, Mitte November.

Die nach dem blutigen Zusammenstoß zwischen Mohammedanern und Christen in Haifa gegründete „Nationale Christenvereinigung“ hat vor kurzem ihr Programm veröffentlicht. Danach ist das Ziel der Organisation, die allgemeinen Interessen der Christen zu vertreten und ein gesetzliches Instrument zu schaffen, das als offizielle Vertretung der Christen anerkannt wird. Die neue Organisation will sich besonders die Vertretung der Interessen der Bauern, Arbeiter und Handwerker zur Aufgabe machen und zusammen mit